

## **Von der Fabrik, in die Stadt**

Das Jahr 1968 fand nicht nur in den Hörsälen statt

*Hier sind tausend Leute vor dem Tor und brüllen.*  
Bericht eines Sekretärs an die Zentrale der IG  
Bergbau, Zeche „Minister Stein“, Dortmund,  
September 1969

Mitten im Wahlkampf des Jahres 1969, zwischen den Schildern, die dafür einnehmen sollten, den Kommunismus zu fürchten oder die Demokratie zu wagen, entschlossen sich die Arbeitenden der Stahlwerke von Hoesch in Dortmund zu Streik. Dieser Streik war im Grunde nichts Besonderes, und es war auch nicht das erste Mal. Schon in den beiden Jahrzehnten zuvor hatten die Beschäftigten der drei kürzlich fusionierten Werke, vor allem die der „Westfalenhütte“, immer wieder die Arbeit nieder gelegt. Meistens jedoch gelangten diese „wilden“ Proteste gegen Ungerechtigkeiten bei den Löhnen und Unerträglichkeiten der Arbeitsbedingungen nicht an die Öffentlichkeit, sondern wurden „diskret“ vor Ort erledigt, und nicht selten hatte es dabei Zugeständnisse an die Streikenden gegeben.

### **Septemberstreiks**

Erst in der Rezession von 1966/67 war damit vorläufig ein Ende; denn die Krise, die besonders die Montanindustrie betraf, erlaubte den Unternehmern, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung zeitgenössisch schrieb, „in den Betrieben aufzuräumen“, „Störenfriede“ und „Grauköpfe“ zu beseitigen und allgemein „die Ordnung wieder herzustellen“. Die im Vergleich zu heute kleine Rezession löste aus, dass sich die Flucht vom schrumpfenden Bergbau, der harte Arbeit und im Vergleich immer schlechtere Löhne bot, in die Metallindustrie fortsetzte. Gleichzeitig verzogen mehr als ein Drittel der Migrantinnen und Migranten auf der Suche nach anderen Möglichkeiten, und die jüngere ArbeiterInnen-Generation kehrte Regionen wie dem von der Montanindustrie geprägten Saarland den Rücken. Doch schon im Frühjahr 1968 zog die Exportkonjunktur wieder an. Plötzlich waren die Auftragsbücher voll, und gerade in Kohle und Stahl wurden mehr und mehr Überstunden gefordert, immer höhere Profite gemacht, mit immer weniger Leuten. Im September 1969 hatten die Leute genug von „sozialer Symmetrie“ und „konzertierter Aktion“ gehört, wollten, dass den Versprechungen Taten folgen. Kein Zufall war deshalb, dass der Streik bei Hoesch begann – ein Betrieb mit paritätischer Mitbestimmung, von der IG Metall bestellten Aufsichtsräten; ein Werk, das als „besonders liberal“ galt, viel auf seine sozialen Einrichtungen hielt und in dessen Wahlkreis der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller soeben in den neuen Bundestag einziehen wollte. Die Demonstration durch die „Westfalenhütte“ eskalierte schließlich in der Besetzung des Verwaltungsgebäudes, woraufhin die Unternehmer erst das Weite suchten, dann schnell einlenkten und die von den Streikenden erst vor dem Tor endgültig abgestimmte Forderung einer allgemeinen und gleichen Lohnerhöhung von 30 Pfennig akzeptierten.

Es folgte eine Welle wilder Streiks in den Stahlwerken und im Bergbau an der Ruhr und im Saarland, aber auch unter mehrheitlich weiblichen Belegschaften in der ostwestfälischen Textil- und Bekleidungsindustrie, im öffentlichen Dienst sowie in einzelnen Metallbetrieben, in denen nur die Vorarbeiter einen deutschen Pass hatten. Das gemeinsame Element dieser Kämpfe symbolisierte die Forderung nach einer „linearen“ Lohnerhöhung; eine Forderung, die ausdrücklich im Gegensatz zu den prozentualen Erhöhungen stand, die die betrieblichen Hierarchien nach Tarifrunden stärkten. Schon seit Mitte der 1950er Jahre hatten die „Festsätze“ ebenso wie „qualitative“ Forderungen nach der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum „guten Ton“ bei lokalen wilden Streiks gehört. Am Ende hatten die meisten der rund 200.000 Streikenden des Septembers 1969 ihre Forderungen durchgesetzt – nur den migrantischen Beschäftigten

einzelner Metallbetriebe kam man nach wie vor mit Drohungen und Denunziationen bei. Bis Ende des Jahres erhielten zudem etwa acht Millionen Beschäftigte „freiwillige“ Lohnerhöhungen, um weiteren „Unruhen“ zuvor zu kommen.

### **Arbeitskämpfe in der 1968er Jahren**

Die Septemberstreiks waren nicht die ersten und auch nicht die letzten Arbeitskämpfe in den 1968er Jahren. Während der Rezession von 1966/67 hatten Hunderttausende, vor allem in der Metallindustrie gegen Angriffe auf die nicht durch Tarifverträge garantierten Leistungen protestiert. An den Protesten gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, die sich zwischen 1967 und 1969 in vielen Städten zu Boykotten, Demonstrationen und sogar selbstorganisierten Fahrgemeinschaften entwickelten, beteiligten sich Belegschaften und GewerkschafterInnen, vor allem aber viele junge ArbeiterInnen. Kurz darauf begann sich auch in der Bundesrepublik eine autonome „Lehrlingsbewegung“ zu artikulieren, die ein Ende der Schikanen durch die Meister, der Entlohnung im Taschengeldformat, der körperlichen Züchtigungen und der sinnlosen „Strafarbeiten“ forderte. Im Mai 1968 spielten LohnarbeiterInnen und Streiks eine bedeutende Rolle in der Bewegung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, besonders in Frankfurt, wo die soziale Bewegung ihr Zentrum hatte. Angesichts der Zuspitzung der Proteste zog die IG Metall die Notbremse, und noch während die Gesetze im Bundestag zur Abstimmung kamen, zog die Gewerkschaft ihre Unterstützung für das von ihr mitbegründete „Kuratorium Notstand der Demokratie“ zurück. Gleichzeitig gingen jene „diskreten“ Arbeitskämpfen weiter, die seit Mitte der 1950er Jahre auf der Grundlage der Hochkonjunktur im lokalen Maßstab stattfanden. All diese Aktionen und Formen waren die Voraussetzung dafür, dass die offenen Arbeitskämpfe nach 1969 bis zur Welle der wilden Streiks von 1973 weitergingen.

Nicht nur in der Bundesrepublik – überall in Europa traten die Arbeitskämpfe in den „1968er Jahren“ aus dem Schatten des Kalten Krieges. Im Mai und im Juni 1968 fand in Frankreich der größte wilde Streik in der Geschichte statt, mit rund zehn Millionen Beteiligten. Dort entfaltete die Situation eine Dynamik, die weit über Lohnforderungen hinaus zu einem gesellschaftlichen Konflikt um die Aneignung der Produktion beitrug, und Träume von einer Flucht aus dem Elend des Taylorismus und von einer möglichen Selbstverwaltung provozierte. Das Thema traf auf eine Resonanz in den italienischen Arbeitskämpfen, die im „heißen Herbst“ von 1969 ebenfalls, wie Nanni Balestrini es formulierte, „von der Fabrik in die Stadt getragen“ wurden, sich mit den Jugendbewegungen, aber auch mit urbanen Kämpfen um Mieten und öffentliche Räume verbanden. Von den Stahlwerken in Kiruna, im äußersten Norden Schwedens, über das staatssozialistische Polen, die USA und Südamerika – überall kam es zu wilden, verbotenen, nicht von den offiziellen Gewerkschaften organisierten betrieblichen Kämpfen. In der CSSR hielten sich die selbstverwalteten Betriebe noch eine Weile, nachdem die Panzer der Warschauer Pakt-Staaten dem „Frühling“ in Prag ein frühes Ende gemacht hatten.

Während die Hoffnung auf einen anderen Weg zum Sozialismus schließlich im transnationalen Maßstab enttäuscht wurden, waren hierzulande zumindest die materiellen Resultate der Streikwelle beachtlich: Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hatte eine solche Umverteilung zugunsten der Lohnarbeitenden stattgefunden, nie zuvor waren Streiks derart politisiert und öffentlich debattiert worden, einschließlich der Arbeitsbedingungen, nie zuvor waren die „Flucht aus der Fabrik“, die Debatte um die gesundheitlichen Konsequenzen, schließlich auch die Auseinandersetzung um die Geschlechter- und Migrationsverhältnisse der Arbeit so publik wie in jener Zeit. Gerade die Gewerkschaften müssten eigentlich dankbar an diese Jahre zurückdenken, denn es war die einzige Phase in der Geschichte der BRD, in der ihr Organisationsgrad stieg. Selbst die Weltwirtschaftskrise von 1973 beendete die Konjunktur der Arbeitskämpfe nicht sofort. Doch der Druck einer wachsenden, neuen Segregation des Arbeitsmarktes, symbolisiert

durch die Niederlage des spektakulären migrantisch geprägten Streiks bei Ford in Köln-Niehl im August 1973, sowie die Einverleibung der Revolte in betriebliche „Human Relations“-Programme und staatliche „Humanisierung der Arbeit“ dünnten die Proteste bis zum Ende des Jahrzehnts nach und nach aus und ersetzten sie durch die Tagesordnung der „Verteidigungskämpfe“ und der „Standortlogik“, die erst heute – langsam, vielleicht – an ein Ende kommt.

### **Erzählungen von einem Aufstand**

Die Kämpfe um die Fabrik, die Kritik an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, an der kostenlosen Arbeit der Frauen in der Normalität des Patriarchats, der Ruf nach Befreiung von der Lohnarbeit, nach Selbstverwaltung, die Flucht aus der Fabrik – dies alles war ein wesentliches, wenn nicht gar für Millionen Menschen das wichtigste Erlebnis der „1968er Jahre“. Dennoch nahmen bereits manche Zeitgenossen die Arbeitskämpfe nur als Geräusch wahr. Das gilt nicht alleine für den oben zitierten Sekretär der IG Bergbau, der 1969 ratlos vor dem Tor der bestreikten Zeche „Minister Stein“ in Dortmund stand und sich fragte, welche Forderungen er seiner Gewerkschaftszentrale wohl übermitteln sollte und wen er wohl als „Rädelsführer“ der rebellierenden Kumpel ausfindig machen könne. Es gilt ebenso für die zeitgenössische Presse, die sich sehr schwer tat, zu erklären, warum die „englische Krankheit“ der wilden Streiks nun auch in der Bundesrepublik „ausbrach“ – in einem Land, das man von Frankfurter Rundschau bis BILD stets als Muster der „Sozialfriedlichkeit“ gesehen und propagiert hatte. Und es galt nicht zuletzt für die Unternehmer, die der Streikwelle mit einer Mischung aus Furcht (vor einer Ausbreitung der Revolte, vor allem aber vor den Kosten ...) und Hoffnung (auf eine „Erledigung“ der Gewerkschaften) gegenüber traten, um vom ersten Tag der Septemberstreiks mit militärisch-politischen Vorbereitungen auf eine weitere Eskalation zu beginnen.

Die „Gefahr“, die die Herrschenden erkannten, war, dass die Proteste von 1968 und 1969 nur den Anfang einer „Fusion“ der sozialen Bewegungen darstellen würden, den Auftakt einer umfassenden Revolte gegen die Fabrikgesellschaft. Dazu kam es nicht. Am Ende überwog das Trennende, und es war in der Bundesrepublik wohl ausgeprägter als anderswo. Auch viele Linksradikale verleitete die Zeitverschiebung zwischen den außerparlamentarischen Protesten des Mai 1968 und den Arbeitskämpfen des September 1969 dazu, die letzteren Konflikte für etwas *ganz Anderes* und *ganz Neues* zu halten. Diese Haltung brachte das Interesse an der „Betriebsarbeit“ hervor (und stellte damit eine Art Gründungsdatum der heutigen betrieblichen und gewerkschaftlichen Linken dar), markierte aber zugleich die Grenzen einer möglichen produktiven Wendung der „Flucht aus der Fabrik“. Bis heute leidet die radikale Linke unter einer merkwürdigen Ich-Spaltung: Man interessiert sich für Arbeitskämpfe und andere soziale Konflikte vor allem als für dieses „Anderes“, was eine Trennung zwischen „den Arbeitern“ und „uns“ einschließt, man „geht in die Fabrik“ und „spricht mit den Arbeitern“, man befasst sich mit Fragen der Produktion als hätten sie gar nichts mit dem eigenen, produktiven wie unproduktiven, Alltag zu tun. Seit den 1968er Jahren geht es in den meisten linken und linksradikalen Publikationen um Arbeit in drei distinkten Formen: in der Schilderung spektakulärer Arbeitskämpfe, in der Auseinandersetzung mit den linken „Betriebsgruppen“, die jedoch immer nur eine kleine Minderheit der Schreibenden und Lesenden umfassten, und schließlich in den Kleinanzeigen, in denen die eigene, oft durchaus prekäre und proletarische, materielle Existenz verhandelt wird. Bis heute hat sich dieses Motiv in der Linken erhalten, trotz aller Debatten um „Prekarität“: Es ist sehr schwer geblieben, die soziale Identifizierung und Verortung zu überwinden, die sich im Grunde nach einer Existenz in der Sphäre des abgesicherten Bürgerlichen sehnt und die „die Opfer“ der kapitalistischen Verwertung immer dort sieht, wo man selbst nicht ist. Das Subjekt der Revolte wird – trotz der fundamentalen Erkenntnis der neuen Frauenbewegung, dass „das Private politisch ist“ – in der

Konsequenz extern verortet, und in Gedanken wie in der sozialen Realität werden die Mauern immer wieder errichtet, die die Fabrik und andere Anstalten als „gefährliche Orte“ einst hermetisch von der Gesellschaft abriegeln sollten. Die Haltung, dass *wir es schon wissen* während *die Anderen noch überzeugt werden müssen* ist ein Ausdruck dieser Trennung, während es gerade aktuell zunächst darum ginge, die neuen sozialen Kämpfe, in denen die Linke, wenn überhaupt, nur am Rande und nur als Partei eine Rolle spielt, erst einmal zu verstehen.

### **Geräusche und Themen**

All dies ist eine von vielen Ursachen dafür, dass die radikale Linke den Geräuschen, die die bürgerliche Öffentlichkeit zurzeit in Bezug auf die Erinnerungsmode „1968“ produziert, so wenig entgegen zu setzen hat. STERN, Spiegel oder tageszeitung interessiert vor allem der spektakuläre Charakter der Aktionen. Dabei wird die Bewegung auf einen romantischen Aufstand einiger jugendlicher Helden zusammengeschrumpft oder als Brutstätte gewaltförmiger Politik dämonisiert. Alles, was über diese Zuordnungen hinausgeht, wird als zu sperrig gesehen, von der publizistischen Inwertsetzung wird deshalb Abstand genommen. Dagegen könnte es interessant sein, die *ganze* Bewegung in ihrer ganzen inneren Widersprüchlichkeit zu verstehen. Die „Flucht aus der Fabrik“ ist ein Beispiel, denn sie markierte Konflikte, in denen es zumindest an den Rändern um eine Dekonstruktion der Fabrik-Identität ging, um die Aufhebung der eigenen Existenz als LohnarbeitendeR, im Angriff auf die Trennung von Fabrik und Gesellschaft, auf die permanente Enteignung und Entfremdung im Alltag, die patriarchalen und ethnisierenden Hierarchien der Arbeit. Wir sollten uns noch einmal diese alten Geräusche anhören: Es geht in ihnen um nicht weniger als um die Freiheit von den Zwängen, die mit der sozialen Herkunft zur zweiten Natur erklärt werden.

Peter Birke

aus: transmitter, FSK-Programmheft, Nr. 3/2008, Hamburg

Literatur: Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt 2007 (Campus); Gerd Rainer Horn/Bernd Gehrke (Hg.): 1968 und die Arbeiter, Hamburg 2007 (VSA).